

Leipzig, "Haus Auensee", 11. März 1961

Das Elend der "XIII. Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz"

ee - "Hier ist kein Temperament in Saal!", schreit in erbitterter Aufregung der "Kollege Alfred" in der blau verquämten Saal von "Haus Auensee" am Wahrenen Stadtrand von Leipzig. Zu dieser Zeit sind seit Beginn der "XIII. Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz" vom 11. März 1961 noch keine zwei Stunden vergangen. 42 Jahre lang ist "Kollege Alfred" Mitglied der Gewerkschaft ÖTV und 29 Jahre lang Funktionär, aber eine so lauwarne und beifallsarme Konferenz hat er offensichtlich noch nicht erlebt. "Kollege Max", der, ebenfalls ÖTV-Mitglied, als Mitglied des Ständigen Ausschusses dieses SED-Unternehmens das Hauptreferat mit dem Bandwurmthema "Kampf der deutschen Arbeiter und Gewerkschaftler für Frieden, Abrüstung und sozialen Fortschritt gegen die Atomkriegsvorbereitung in Westdeutschland" verliest, muss viertelstundenlang auf jede Zustimmung verzichten. Die an weissgedackten Längstischen vor Bergen von Broschüren und Batterien von Wasser- und Limonadenflaschen sitzenden Männer und Frauen aus heißen Teilen Deutschlands haben sich schon zu Beginn der Konferenz im Beifall erschöpft, weil sie bei der Nennung jedes Namens des 25-köpfigen Präsidiums begeistert in die Hände klatschten. Kaum einer dieser Namen hat Rang, die Prominenz konzentriert sich in den FDGB-Vorsitzenden Warnke. Die Glanzstage der "Arbeiterkonferenz" aus dem Jahre 1959, als Nikita Chruschtschow und Walter Ulbricht im Tanzsaal von "Haus Auensee" gesprochen hatten, sind Geschichte. Die Gegenwart ist graue Routine.

"... und das expört uns ganz energisch!"

Der Beifall wird warm und laut, wenn ein Redner gegen die Atomrüstung zu Felde zieht, die, so will es die Regie, aber nur im Westen und insbesondere in der Bundesrepublik stattfindet. "Kollegin Inge", eine blondmähnige Jungmetallarbeiterin aus Westfalen ("der Verfassungsschutz kennt unsere Gesichter!"), findet daher aufbereiteter Boden mit ihrem Appell für den Ostermarsch: "Heber uns schläft der Atomtod, und das empört uns ganz energisch!" Dann fordert sie alle Teilnehmer auf, den Bleistift zur Hand zu nehmen, und diktiert ihnen eine Adresse in Dortmund: "Schreift dort hin, und kommt Ostert mit Opa und Oma und Kind, Hund und Kegel!" Kein Mensch, innerhalb und ausserhalb des Saales, der dem jungen blonden Mädels die Ehrlichkeit ihres Rufes "Wir lieben das Leben - und deshalb wollen wir es auch verteidigen!" nicht abnimmt, aber auch bei der "Kollegin Inge" findet die Aufrüstung eben nur im Westen statt. Und auch die "Friedensfreunde" der "Deutschen Friedens-Jugend" werden in Leipzig vor allem deshalb gelobt und zur alleinigen Wahl für September empfohlen, weil sie gegen die Atomrüstung des Westens sind. Von sowjetischen Atomwaffen weiss in "Haus Auensee" offensichtlich niemand etwas. Die Schizophrenie dieser "Friedensfreunde" ist schlechterdings vollkommen.

"Eh und je am konsequentesten"

Weniger vollkommen, weil in "traditioneller" Routine erstarrt, ist der übrige Konferenzablauf. Der Schock, den der "Kollege Alfred" mit seinem Rotschrei nach "Temperament" ausgelöst hat, ist bald im Mikrophonlärm vergangen. Auch der Alkoholiker Hugo Paul, einst wortgewaltiger KPD-Streiter im Bundestag und heute Mitglied des Exil-Zentralkomitees

in Ostberlin, verliest sein überlanges Manuskript voller lupenreinen parteichinesisch in der gewohnten Monotonie. Erst als er die Kommunisten als "die seit en und je konsequentesten Vertreter der Arbeiterinteressen" hochspielen will und von "allen Arbeitern und Gewerkschaftlern" in der Bundesrepublik fordert, zunächst bei der Betriebsratswahlen nur Kommunisten zu wählen, da bleibt der Beifall vor allem auf die parteiabzeichengeschmückten SED-Leute beschränkt. Beileibe nicht alle "Westler" versagen Paul den Beifall - der Hundertsatz der Kommunisten oder "Ähnlichdenkender" unter den westdeutschen Konferenzteilnehmern ist ja nicht hoch genug einzuschätzen - aber eine gewisse und beschämte Opposition gegen die Holzhämmerei Pauls ist doch nicht zu übersehen.

"Hauptfeind" SPD

Nicht zu übersehen ist auch die ganz eindeutige Trendverschiebung in "Haus Auensee". Die Routineangriffe gegen Adenauer, Strauss, Monopole und Militaristen bilden den Hintergrund. Im Vorfeld aber prasseln die Breitseiten in völlig enthemmter SED-Terminologie (ob den Leuten aus der Bundesrepublik klar ist, dass auch viele von ihnen bereits reinsten SED-Slang sprechen?!) gegen die SPD und deren "rechte" Führung, als die sie vor allen "die Brandt-Wehner-Richter" verstanden wissen wollen. Der wütende Aufschrei des "Kollegen Max", diese SPD-Politiker seien "direkte Beauftragte der Monopole, um die Einheit der Arbeiterbewegung zu sabotieren", ist nur die mildeste Formulierung, aber sie ist typisch und lässt in entlarvender Deutlichkeit den eigentlichen Zweck der sogenannten "Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenzen" des SED-ZKs erkennen. Holzhämmerezer Paul trommelt ganz ungeniert für sein Parteilager, wenn er im glatten SED-Jargon den toten Dr. Kurt Schmacher auf dem Grabe heruntrampeit - "er hinderte die Arbeiter an der Übernahme der Macht" - und den SPD-Führern insgesamt vorwirft, dass sie "dem Arbeiter den Ausblick auf die Perspektive des Friedens versperren".

Zahlenakrobaten

Die Arbeiter und Gewerkschaftler, so wird zu Beginn der Konferenz bramarbasiert, seien noch zur Stunde, am Sonnabendvormittag, "zu Hunderten nach Leipzig unterwegs", und ihr Andrang sei "trotz allen Terror stärker als erwartet". Das "Neue Deutschland" verkündet am Morgen des 11. März in Fettdruck auf der Titelseite, dass bereits am Freitagabend über 3000 Arbeiter und Gewerkschaftler in Leipzig eingetroffen seien, und "Kollege Max" weiss in seinem vorgelesenen Manuskript ganz genau, dass sich 3561 westdeutsche Arbeiter in der Messestadt versammelt hätten. Eine Stunde später gibt ein SED-Funktionär offiziell folgende Zahlen bekannt: 1. in "Haus Auensee" werden SED-artlich insgesamt 1350 Teilnehmer gezählt, davon 750 Westdeutsche und 60 Westberliner, 2. in der völlig überflüssigen Parallelkundgebung im Leipziger VEB Golddeck etwa 350 Teilnehmer, davon über 200 Westdeutsche und Westberliner.

Unterstellt man diese offiziellen SED-Zahlen einmal als richtig, dann sind zur "XIII. Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz" rund 1000 Westdeutsche und Westberliner erschienen. Im Handumdrehen sind also von der Zahl des "Neuen Deutschland" 2000 und von der Zahl des "Kollegen Max" sogar 2561 "Westler" verschwunden. In dieser Beziehung allerdings stellt der Kurz-Sonnabend von "Haus Auensee" tatsächlich einen Rekord dar. Alles andere aber ist Routine, Langeweile und blanker Haas. Mit "gesamtdeutschen" hat das nichts zu tun. Und mit "Arbeitern" auch nicht.

Einmal abseits von der "grossen Politik"

Erich Ollenauer in Niedersachsen

Von Günter Markscheffel

"Im Kommunalwahlkampf sollte man eigentlich von Politik nicht reden" - das ist der CDU-Slogan, den die Kanzlerpartei in vielen Orten Niedersachsens ihren Anhängern vor der Kommunalwahl am 19. März 1961 mit auf den Weg gegeben hat. Die CDU weiss, w a r u m sie das tat. Sie will sich an der notwendigen Auseinandersetzung über die engeren Zusammenhänge von Kommunal-, Landes- und Bundespolitik herandrücken. Sie hat ein schlechtes Gewissen, wenn sie daran denkt, dass ihre Redner und Propagandisten zwar sehr viel von der "notwendigen Selbstverwaltung der Gemeinden" sprechen, aber nicht gewillt sind, den Wählern zu sagen, dass eine wirkungsvolle Kommunalpolitik von einer vernünftigen Finanzgesetzgebung des Bundes und der Länder abhängig ist.

So fehlen denn auch bei der CDU, dem Hauptgegner der Sozialdemokratie, die notwendigen und entscheidenden Hinweise auf das, was in Bonn geschieht oder nicht geschieht, unter dem Tisch. Souverän wird z.B. die Tatsache ignoriert, dass die Bundesregierung nicht bereit ist, ein Gesetz gegen die Bödenpreisspekulation zu schaffen, um den Gemeinden zu helfen, den Wohnungsbau fördern zu können. Ebenso wird verschwiegen, wie wenig die Bundesregierung die Gemeinden durch gesetzgeberische Massnahmen unterstützt, um diesen die Lösung der Probleme des Gesundheitswesens des Wegebbaus und vieler anderer notwendiger Massnahmen zu ermöglichen.

Schauermärchen statt Politik

Dafür erzählt man einem spärlichen, aber staunenden Publikum Schauermärchen über Willy Brandt, man faselt etwas davon, dass ein guter Christ nicht sozialdemokratisch wählen könne und behauptet schliesslich - ohne vor Scham ob dieser Lüge zu erröten! - der wirtschaftliche Aufstieg nach 1945 sei das Verdienst der Herren Adenauer und Erhard...

Überfüllte Versammlungen mit Ollenauer

Ganz anders in sozialdemokratischen Versammlungen. Erich O l l e n a u e r, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei, war am vergangenen Wochenende in Niedersachsen. In Wolfenbüttel, Ahlfeld, Duderstadt und Harn.-Münden sprach er in überfüllten Sälen. Gerade die Versammlungen in den mittleren Orten wurden zu einer Demonstration des guten Willens, zu einem Bekenntnis, der demokratischen Staat bis in die kleinste Gemeinde hinein festigen zu wollen. Bedenkt man, dass in den genannten Städten jeweils 900 bis 1000 Versammlungsbesucher gezählt wurden, so bedeutet dies: Fast 12 Prozent der wahlberechtigten Einwohner kamen zu Erich Ollenauer, um von ihm zu hören, wie sich die deutsche Sozialdemokratie eine lebensnahe und fortschrittliche Kommunalpolitik vorstellt.

Interessant auch die Zusammensetzung der Versammlungsbesucher. 30 - 40 Prozent junge Menschen, zum Teil auch Gegner der Sozialdemokratie wie sich bei gelegentlichen Zwischenrufen herausstellte, waren gekommen. Das Publikum ist eine gesunde Mischung von Jung und Alt, Arbeitern Angestellten und Beamten, von Bauern und Akademikern.

Aufgeschlossene Jugend

Hier widerlegt das Beispiel, was oft so leichtfertig gesagt und geschrieben wird; nämlich, dass sich die Jugend nicht für Politik interessiert, dass sie dem Zeitgeschehen fremd gegenübersteht und angeblich nicht bereit ist, die Zusammenhänge unseres wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens zur Kenntnis zu nehmen.

Dass die Jugend dankbar ist, wenn man ihr sachlich auseinandersetzt, was Sozialdemokraten wollen, zeigt ihr spontaner Beifall, an den Stellen einer Rede, an denen die Verbindung zwischen dem Leben jedes einzelnen und der Politik dargestellt wird. Wenn Erich Cillenhauer z.B. sagt,

"... Die Verbesserung unseres Schul- und Bildungswesens ist nicht nur eine selbstverständliche Pflicht, sondern die entscheidende Voraussetzung für die Überlegenheit der freien Welt in der Auseinandersetzung mit den totalitären Kräften des Kommunismus. Wir Älteren haben daher die Verpflichtung, die nachwachsende Generation zu unterstützen, ihr jede nur denkbare Hilfe auf dem Gebiet des Bildungswesens zu leisten, damit sie im kommenden Lebenskampf bestehen kann."

Starker Beifall für Forderung nach Fairness

Erfreulich auch die Feststellung, dass die Menschen in Stadt und Land "mitgehen", wenn sie darauf hingewiesen werden, dass die Demokratie nur bestehen kann, wenn die politischen Parteien ihre Meinungsverschiedenheiten sachlich und fair austragen. Stärksten Beifall erhielt Erich Cillenhauer in allen Versammlungen, als er erklärte:

"Wer in Deutschland oder ausserhalb gegen Hitlers Gewaltregime Widerstand geleistet hat, braucht sich nicht zu verteidigen. Und wer die Vorlesungskampagne gegen Willy Brandt billigt und fortsetzt, schädigt die Interessen des deutschen Volkes."

Dieses innere Anteilnahme ist spürbar, wenn der Vorsitzende der Sozialdemokratie zum Zerlsruher Fernsehurteil sagt:

"Wir begrüssen dieses Urteil besonders deswegen, weil hier zum Ausdruck gebracht wird, dass es in der Bundesrepublik keine von Staat manipulierte Meinungsbildung geben darf."

Eine Leistung für die Festigung der Demokratie

Die Menschen draussen in Lande sind dankbar für das offene Wort, sie wägen kritisch ab und geben ihren Unwillen Ausdruck, wenn sie erkennen, dass trotz einer blühenden Wirtschaft wichtige soziale Probleme, wie Altersversorgung, die von der Regierung Adenauer schon seit Jahren versprochene grosse Sozialreform und vieles andere nicht gelöst werden.

Hier ist ein Prozess des selbständigen politischen Denkens sichtbar. Die Sozialdemokratie kann es sich als ihr grosses Verdienst anrechnen, diesen Prozess stets gefördert zu haben. Sie hat landauf landab Generationen von guten Kommunalpolitikern herangebildet und der jungen Generation die Wege in eine bessere Zukunft gewiesen. Die Wollen der Sympathie, die einem Mann wie Erich Cillenhauer - auch abseits von der sogenannten grossen Politik - entgegen schlagen, sind ein sichtbares Zeichen für die Anerkennung der Leistung deutscher Sozialdemokraten im Interesse unseres Volkes.

Prag - Spitzenreiter antideutscher Propaganda

sp - In der von östlicher Seite nun verstärkter anlaufenden Propaganda gegen die Bundesrepublik scheint der kommunistischen Prager Regierung eine Spitzenrolle zu steilt zu sein. Neben den allgemeinen Beschuldigungen, die Bundesrepublik wäre ein "Herd von Revanchisten und Militaristen", dienen ihr die deutsche Sozialdemokratie und hier wiederum aus dem Sudetenland vertriebene Sozialdemokraten als Zielscheibe wütender Angriffe. Hier hagelt es nur von Injektiven. Besonders hat es ihnen das Mitglied der sozialdemokratischen Regierungsmannschaft Wenzel Jaksch angetan. Ein Mann namens Vazlav Kral, der sich "Historiker" nennt, behauptet in einer auf verschiedenen Pressekonferenzen in Wien, Berlin und Prag verbreiteten Denkschrift, Wenzel Jaksch, der damalige Führer der sudeten-deutschen Sozialdemokratie, habe nach dem 15. März 1939, also nach der Besetzung Prags durch das Dritte Reich, Prag mit Zustimmung der Gestapo verlassen und während seines Londoner Aufenthaltes dem Fasizismus geholfen (!). Diese grobe Fälschung historischer Tatsachen richtet sich von selbst. Wenzel Jaksch hat auf der Abschussliste der Gestapo gestanden, sein Eintreten für eine friedlich-schiedliche Beziehung des deutsch-tschechischen Verhältnisses hat ihm den Hass des Dritten Reiches zugezogen - aber auch die Feindschaft der tschechischen Kommunisten. Dass sie in ihre Propaganda auch Herbert Wehner und Willy Brandt einbeziehen, sie als "Revanchisten" diffamieren, ist wohl der beste Beweis für die Furcht vor einem Sieg der deutschen Sozialdemokratie bei den Bundestagswahlen. Welch ein Bild - die Prager Kommunisten befinden sich hier in trüber Gemeinschaft mit gewissen Leuten in der Bundesrepublik, die glauben, aus der Tatsache der politischen Emigration unterschwellige Wirkungen erzielen zu können. Beide Seiten sind der Hass gegen eine starke Sozialdemokratie.

+ + +

Karl Zörgiebel +

sp - In seiner Heimatstadt Mainz starb 82-jährig der frühere Berliner Polizeipräsident Karl Zörgiebel, ein Mann, dessen Verdienste um die deutsche Demokratie anlässlich seines 75. Geburtstages durch die Verleihung des Grossen Verdienstkreuzes zum Bundesverdienstorden gewürdigt wurde. Karl Zörgiebel war nicht nur einer der grossen Organisatoren der demokratischen Polizei in der Weimarer Republik, als Fachmann in In- und Ausland hochgeschätzt, sondern auch einer der ersten Polizeiführer, die sich sofort nach 1945 für den Aufbau einer neuen demokratischen Ordnungskraft zur Verfügung stellten. Von 1945 bis 1949 wirkte er in diesem Sinne in der damaligen französischen Besatzungszone unter besonders schwierigen Verhältnissen. Mit Karl Zörgiebel verliert die Deutsche Sozialdemokratie einen Freund, der selbst ein Stück deutsche Arbeiterbewegung repräsentierte. Schon als junger Kämpfer hatte er sich den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei angeschlossen, wo man sehr bald seine hervorragenden Eigenschaften als weitblickender Organisator erkannte. Trotz der hohen Ämter, die der Verstorbene später bekleidete, ist er doch immer ein einfacher, bescheidener Mann geblieben. Er war ein Vorbild, seine aufrechte Gesinnung und tiefe Verbundenheit mit den Idealen des demokratischen Sozialismus sicherten ihm auch den Respekt politisch Andersdenkender. Sein Leben und Wirken für die deutsche Demokratie wird nicht vergessen werden.

+ + +

Meilenstein der Wiedergutmachung

D. Str. - Wenn die Synagogengemeinde in Münster/Westfalen auch nicht zu den grössten in der Bundesrepublik zählt, so verbindet sich mit der Einweihung ihrer Synagoge am vergangenen Sonntag doch eine Tatsache, die Beachtung verdient: das Wiederaufbauprogramm der zerstörten jüdischen Gotteshäuser im grössten Land der Bundesrepublik, in Nordrhein-Westfalen ist damit vorläufig abgeschlossen. Mit Ausnahme einiger Beträume werden jetzt keine jüdischen Kultstätten an Rhein und Ruhr mehr errichtet. Das soll freilich nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele Synagogen und mancher Betraum nicht wieder errichtet werden können, weil die Glieder einer lebendigen jüdischen Kultusgemeinde nicht mehr am Leben sind. Ehe man also Freude über den Akt einer bescheidenen Wiedergutmachung empfindet, wird man an Auschwitz erinnert, an Theresienstadt ...

Die Gotteshäuser sind schöner denn je wiedererstanden. Im August 1958 wurde die Düsseldorfer Synagoge eingeweiht. Es war ein Festtag für das westeuropäische Judentum, denn aus vielen Ländern der Alten Welt waren Abordnungen in die Landeshauptstadt gekommen, um das Hochfest der Einbringung der Thorarollen zu feiern. Im September 1959 folgte das Gotteshaus der altchwürdigen jüdischen Gemeinde in Köln. Von rechtsradikalen Elementen aufgehetzte Schmierfinken schändeten es in der Weihnachtsnacht des gleichen Jahres. Diese Tat hat damals dem deutschen Ansehen in der Welt schwer geschadet.

Kleinere Synagogen wurden in Bonn, Dortmund, Essen und Hagen wieder aufgebaut, sie alle vereinen nicht nur die Kulträume unter einem Dach, sondern auch Gemeinde- und Schulräume. Und wo früher hier und da eine Mauer Grundstück und Eingang umgab, stehen jetzt die Tore offen, dann die jüdischen Gemeinden wollen hineinstrahlen in das ganze Volk, sie wollen Brücken schlagen zu denjenigen Bürgern, die die Vergangenheit nicht vergessen wollen, damit unsere jüdischen Mitbürger sie einst vergessen können. So soll gerade heute der Spruch verstanden werden, der einst die von Nazis niedergebrannte jüdische Synagoge in Münster zierte: "Mein Haus ist ein Bethaus für alle Völker". + + +

Begrüssenswerte Klarstellung

sp - Einige Äusserungen britischer Unterhausabgeordneter - und zwar Abgeordneter von beiden grossen Parteien - haben irritierend auf die deutsche Öffentlichkeit gewirkt. Bestärkt durch alle aufgebotene Freundlichkeit, deren das Ulbricht-Regime fähig ist, liesen sie sich in Wort und Schrift zu Aussagen verleiten, die Pankow als Beweis für die wachsende Anerkennung seiner Deutschlandthesen in Grossbritannien bewerteten. Pankow versucht den Eindruck zu erwecken, es bestünde zwischen der britischen öffentlichen Meinung und den politischen Führungskräften der Bundesrepublik grundlegende Meinungsunterschiede in der Berlin- und Deutschlandfrage. Diese von Pankow selber genährte Illusion ist jetzt gründlich zerstört worden. Britische Teilnehmer an deutsch-britischem Gespräch in Königswinter, die anschliessend daran Berlin besuchten, haben sich eindeutig von den Aussagen einiger Einzelgänger distanzieren und ihren das Recht abgesprochen, für ganz Grossbritannien zu sprechen. Die britische öffentliche Meinung weiss wohl, welche Bedeutung der Erhaltung der Freiheit in Berlin für den ganzen Westen zukommt, auch verstehe sie das deutsche Argument, es stehe nur der Regierung eines wiedervereinigten Deutschland zu, die endgültigen Grenzen durch Verhandlungen festzulegen. Diese begrüssenswerte Feststellung kann man nur mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen; sie brachte Pankower Seifenblasen zum Platzen, aber noch mehr: sie verstärkt die freundschaftlichen Bande zwischen der Bundesrepublik und Grossbritannien.

Geehrt von vielen

Zum 80. Geburtstag von Helene Weber, MdB
Von Annemarie Renger, MdB

Als nach der totalen Niederlage des Dritten Reiches der erste Deutsche Bundestag im September 1949 zusammentrat, gehörten ihm drei Frauen an, deren Lebensgeschichte von den Kämpfen um die Demokratie und die mitgestaltende Rolle der Frau in der Politik und im gesellschaftlichen Leben geprägt war: Helene Weber, Marie-Elisabeth Lüders und Louise Schroeder. Mit ihrem Eintritt in die Nationalversammlung von 1919 schufen sie einen neuen Frauentyp, der seine Aufgabe in der Mitverantwortung für die Demokratie sah.

Helene Weber stand ein Menschenalter an führender Stelle der katholischen deutschen Frauenbewegung, und immer waren es die Hilfsbedürftigen und die jungen Menschen, denen ihre besondere Zuneigung und ihre ganze Arbeitskraft galt. Auch die Bitternis über die verlorene Republik und die dunklen zwölf Jahre, in denen sie immer sich selbst treu geblieben ist, haben sie nicht entmutigen können, 1945 noch einmal am Aufbau eines demokratischen Deutschland mitzuwirken, das sich nach ihrem Willen in eine grosse europäische Völkerfamilie einfügen soll. Unentwegt kämpft sie für die Idee der europäischen Einigung, und als Sprecherin der Deutschen Delegation im Europa-Rat hat es mit ihrem Verdienst zuzuschreiben, dass nach langjähriger Beratung die europäische Social-Charta verabschiedet wurde, die eine einheitliche Gestaltung der sozialen Bedingungen für die fünfzehn zusammengeschlossenen Nationen zum Ziel hat.

Eine Frau, die sich in der Politik verzehrt, genießt im Volk nicht den Glanz, den eine grosse Schauspielerin, Dichterin oder Gelehrte auf sich zieht. Wenige machen sich Gedanken darüber, welches Mass an persönlicher Opferbereitschaft und innerer Stärke erforderlich ist, um den harten politischen Kampf für das Wohl der Allgemeinheit durchzustehen und - dabei Mensch zu bleiben! Helene Weber ist ein warmherziger, nützlich und mutiger Mensch, geliebt von vielen und hochgeachtet auch von ihren politischen Gegnern. An ihrem achtzigsten Geburtstag werden viele Ehrungen ihr Lebenswerk krönen. In den guten Wünschen für Helene Weber werden sich ihre Freunde aus der politischen Arbeit der Weimarer Republik mit denen zusammenfinden, die erst seit 1945 in der politischen Arbeit mit ihr verbunden sind.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel